Haushaltsrede 2015

CDU-Fraktion --- 10.März 2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger Ostbeverns,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Vertreter der Presse!

Beginnen möchte ich meine Haushaltsrede mit einem Zitat meines Vorgängers Uli Brand anläßlich seiner Haushaltsrede 2011:

„Der Zeitpunkt für die Verabschiedung des Haushaltes hätte nicht besser gewählt werden können! Beginn der Fastenzeit! Während sich jedoch die Christen bis Ostern freiwillig Einschränkungen und Entsagungen auferlegen, müssen wir als Bürgervertreter haushaltspolitisch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zumuten, sich von lieb gewonnenen Serviceleistungen der Gemeinde zu verabschieden. Und das nicht nur bis Ostern, sondern vermutlich für die nächsten Jahre!“

Meine Damen und Herren: Wir alle hier als gewählte Volksvertreter, die ihr Mandat ehrenamtlich ausfüllen, würden den Bürgern am liebsten nur gute Nachrichten überbringen und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen . Leider müssen wir, angesichts der Verantwortung die wir tragen, oft anders entscheiden.

Die Notwendigkeit von Einsparungen gilt heute mehr denn je und dass auch für die nächsten Jahre. Ein Blick auf die Zahlen im Ergebnis- und Finanzplan zeigt das deutlich. Es ist zwar dank der guten Vorarbeit der Verwaltung mit viefältigen Einsparungen und Vorschlägen in allen Haushaltsbereichen und durch die überwiegend von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Sparmaßnahmen gelungen , die Haushaltssicherung zu vermeiden. Das minus im Ergebnisplan konnte gegenüber dem Entwurf des HH-Plans um ca. 130 T€ auf immer noch stattliche 1,66 Mio€ gesenkt und im Finanzplan konnten Verbesserungen von ca. 84T€ erzielt werden.

Aber:
In der Planung bis 2018 stehen im Ergebnisplan in jedem Jahr deutliche Verluste:

2016 : 770 T€; 2017 1,7Mio€; 2018 2,5Mio€

Der Finanzplan verbessert sich zwar in dem Zeitraum 2016-18 gegenüber der ursprünglichen Planung um ca. 485 T€, das ist aber auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und jede Verschlechterung kann auch in diesem Jahr noch in die Haushaltssicherung führen. Daher ist äußerste Disziplin gefragt, die ich bei einzelnen immer noch vermisse, die nach wie vor munter Anträge stellen, die sie schon seit Jahren vergeblich stellen und bei denen sie auch nicht sagen, woher das Geld denn kommen soll.

Ich meine hier insbesondere den jedes Jahr wieder kehrenden Antrag der SPD auf Einführung eines „Beverpasses“, letztes jahr hieß er , glaub ich, noch Sozialpass.. oder war das vorletztes Jahr ?

Im BGSA wurde mündlich der Antrag eingebracht mit dem Hinweis auf die mögliche Einsparung von Verwaltungskosten. Im HFA hieß es dann auf einmal, das sei nicht vordergründig, es sollten ja auch zusätzliche Leistungen damit verbunden sein.... Also doch nicht sparen sondern munter weiter ausgeben.....

In Anbetracht solcher Anträge und insbesondere wegen der von der Verwaltung an den Tag gelegten Sorgfalt bei der Aufstellung des Haushaltes verwundert uns die aus der SPD und von ihrem Referenten, dem Lüdenscheider Kämmerer, abgegebene negative Beurteilung, der Haushaltsentwurf der Verwaltung sei „Flickschusterei“. Wer mit seinem eigenen Haushalt in Lüdenscheid unter Zwangsaufsicht steht, hat nicht das Recht, über einen sorgfältig und verantwortungsvoll aufgestellten Haushaltsentwurf ein derartig abwertendes Urteil abzugeben. Und wer wie die SPD in die freiwillige Haushaltssicherung will darf nicht Anträge auf zusätzliche Ausgaben stellen ohne Gegenfinanzierung!

Aber wieder zurück zu unserem Haushalt:
Wohin geht ein großer Teil des Geldes : In Leistungen , insbesondere

Sozialleistungen, bei denen Bund und Länder die Musik bestellt haben, wir Sie aber zahlen dürfen. Sowohl direkt bei uns z.B.durch steigende Ausgaben für Asylbewerber, die, anders als in anderen Bundesländern, in NRW nur anteilig kompensiert werden; Insbesondere aber bei der Kreisumlage, die ständig wächst und einen Großteil an Sozialleistungen enthält.

Wir werden unseren Bürgern in den nächsten Jahren noch erheblich mehr an Einsparungen als bisher zumuten müssen, wenn sich die Umstände nicht grundlegend verändern!

Daher ein Appell an die Vertreter aller Fraktionen hier im Rat:
Machen Sie sich bei Ihren Kreis- Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür stark, dass die Überbelastung insbesondere der ländlichen Kommunen endlich aufhört und wir auskömmlich mit Finanzmitteln ausgestattet werden.
Wir werden dieses bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun.

Denn:
Es ist ein Absurdum, wenn alle öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik gemeinsam bereits in 2014 schwarze Zahlen schreiben und dieses auch in den nächsten Jahren voraussichtlich der Fall sein wird, gleichzeitig die Kommunen immer weiter in die Miesen rutschen trotz intensiver Sparbemühungen. Hier ist bei der gerechten Verteilung der Mittel einiges gewaltig aus den Fugen geraten !

Ein kleiner Lichtblick ist jedoch am Horizont:
Der Bund will noch im Frühjahr diesen Jahres eine Investitionsiniative auflegen zugunsten finanzschwacher Kommunen mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 5 Mrd€
Das ganze unabhängig von der ab 2018 vorgesehenen Kommunalentlastung bei den Eingliederungshilfen.
Bleibt aber trotzdem die bange Frage wieviel sich einzelne Bundesländer dazwischen weg stehlen. Gerade Rot-Grün in NRW ist ja Weltmeister darin, den Kommunen unter fadenscheinigen Gründen Mittel vorzuenthalten die vom Bund für sie gedacht sind.

Welche Möglichkeiten zur Konsolidierung hat Ostbevern:
I. Wir können die Einnahmesituation verbessern durch die Erhöhung kommunaler Steuern:

Ein Schritt, der leider allzu häufig notwendig ist. Und zwar überwiegend durch die Berechnungsgrundlagen des Landes NRW, die auf fiktiven Hebesätzen beruht: Die Ermittlung der fiktiven Hebesätze aus einem um 5 % Punkte reduzierten gewogenen Landesdurchschnitt der tatsächlichen Hebesätze hat zur Folge, dass alle Gemeinden mit darüber liegenden Hebesatz im Folgejahr zu einer weiteren Anhebung der fiktiven Steuersätze beitragen. Dadurch wird eine Spirale in Gang gesetzt, **die wir nicht mittragen können.**

Auf Grund der angespannten Haushaltssituation ist auch aus Sicht der CDU-Fraktion eine Anpassung der Hebesätze für 2015 unerläßlich. Es wäre wünschenswert gewesen, die Entscheidung über die Höhe der Hebesätze heute gemeinsam mit der Verabschiedung des Haushalts 2015 zu treffen. Das hätte jedoch Mehraufwendungen von ca. 5000,-€ zur Folge gehabt, da die Abgabenbescheide nachträglich hätten geändert und 2x versandt werden müssen. Um diese zusätzlichen Kosten zu vermeiden, haben wir bereits über und kurz nach dem Jahreswechsel unsere ersten Haushaltsberatungen durchgeführt und , entgegen dem Verwaltungsvorschlag, eine Erhöhung der Steuersätze nur bis auf die fiktiven Hebesätze beantragt, die im Rat am 20.Januar mehrheitlich verabschiedet wurden.

Hebesätze über die fiktiven hinaus bedeuten insbesondere bei der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben aber auch bei Häuslebauern einen deutlichen Standortnachteil und werden daher von uns abgelehnt!

Herr Bürgermeister, für die Aufstellung des Haushalts für 2016 haben wir die Bitte,diesen so rechtzeitig einzubringen, dass alle relevanten Entscheidungen zeitgleich im Rat getroffen werden können.

Im Kreis Warendorf und vielen anderen Regionen haben Kommunen aus der Not heraus die Hebesätze deutlich, tlw. um mehr als 100 Punkte erhöht! Wir werden diesen Effekt spätestens im nächsten Jahr bei der Ermittlung der fiktiven Hebesätze wieder zu spüren bekommen !

Wollten wir die ca.1,5Mio€, die uns durchschnittlich in den nächsten Jahren fehlen durch Steuererhöhungen ausgleichen, müssten wir alle Hebesätze um ca. 120 Punkte anheben. Macht bei der Grundsteuer A rund 15 €/ha , bei der Grundsteuer B rund 85,-€ bei einem 500 m² Grundtück und für die Gewerbetreibenden rund 30 %

mehr als heute ! Für mich derzeit nicht vorstellbar, kann uns aber durch die stetige Spirale der fiktiven Hebesätze sehr schnell passieren!

Unverständlich war für uns bei der Diskussion um die Steuerhebesätze die Verknüpfung, die die Grünen mit der Vergnügungssteuer erstellt haben.

Im Frühjahr 2014 hat die Verwaltung eine Anhebung der Vergnügungssteuer von 14 auf 16% vorgeschlagen . Auf Nachfrage im HFA wurde erläutert, dass eine Anhebung auf 20% zwar grundsätzlich möglich sei, aber die Gefahr einer Klage wegen erdrosselnder Wirkung nach sich ziehen könne und auch vom Städte- und Gemeindebund als kritisch angesehen wird. Dem folgenden Antrag der Grünen auf Erhöhung auf 20% haben auch wir mehrheitlich zugestimmt, weil wir das Risiko für vertretbar hielten. Nachdem es im Herbst deutliche Signale für eine solche Klage wegen erdrosselnder Wirkung der Steuer gab (da die Details in nichtöffentlicher Sitzung beraten wurden werde ich diese nicht näher erläutern!), hat die Verwaltung folgerichtig eine Senkung auf 16% vorgeschlagen, der dann mehrheitlich – auch von uns- im Rat im Dezember 2014 zugestimmt wurde um Schaden von der Gemeinde abzuwenden.

Ich habe vollstes Verständnis für Ihre moralischen Bedenken hinsichtlich des Betriebs von Spielautomaten, insbesondere den katastrophalen Auswirkungen die eine Spielsucht haben kann,und teile diese !
Aber: Wir haben nach Recht und Gesetz zu entscheiden und unsere Entscheidungen danach auszurichten. Daher war die Senkung auf 16% richtig !

Meine Damen und Herren,
Gleichzeitig mit unserem Antrag zu den Steuerhebsätzen haben wir Einsparvorschläge zur Kompensation vorgeschlagen, von denen zahlreiche im Rahmen der Haushaltsberatungen auch umgesetzt wurden. Nicht alle, denn während der Beratungen und bei ausführlichen Gesprächen mit den Interessengruppen, die von uns u.a. mit der Führungsspitze der Feuerwehr und der Leitung der Ferienfreizeiten geführt wurden, haben wir festgestellt, dass es gute Gründe gibt einige Vorschläge zu überdenken und ggfls auch zu revidieren. Wir sind ja schließlich lernfähig !

Grundsätzlich gilt für uns aber weiterhin:
Solange Einsparungen möglich sind, die zwar allen ein bisschen weh tun, aber nicht zu durchgreifenden Einschnitten führen, halten wir dieses für vertretbar und das Gebot der Stunde, dabei dürfen wir uns selbst nicht ausnehmen, darum verzichten wir für 2015 auf einen Teil der Fraktionszuwendungen um ein Signal zu setzen.
Wir mussten dieses Jahr erstmals mit einem Tabu für uns brechen mit der Kürzung der Mittel für das Kinder- und Jugendwerk um 5000,-€ und bedanken uns beim Vorstand ausdrücklich für das Verständnis.
Die Zuschüsse für die Jugendferienfreizeiten in Höhe von 5000,-€ haben wir heute nach erneuter Beratung für 2015 bewilligt und gleichzeitig beantragt, sich gemeinsam mit den Leitungen der Ferienfreizeiten zusammen zu setzen und für die Zukunft neue Kriterien auszuarbeiten, damit die, die es brauchen auch zukünftig unterstützt werden -

Damit alle Ehrenamtlichen in Sport, Kultur und sozialen und caritativen Einrichtungen und Verbänden weiterhin tatkräftig mit anpacken sind hier keine weiteren Einsparungen vorgenommen worden und wir hoffen, dass wir dieses auch in den nächsten Jahren vermeiden können. Ganz im Gegenteil, durch die von uns beantragte Änderung der Sportförderrichtlinie gibt es feste, verläßliche Zuschüsse zu Investitionen.
An dieser Stelle möchte ich allen, die sich ehrenamtlich einbringen herzlich für ihr Engagement danken. Es ist nicht selbstverständlich seine Freizeit und mehr für andere zu opfern.
Der von uns gestellte Antrag auf Durchführung einesTages/Abends für das Ehrenamt nach dem Motto : Rat und Verwaltung sagen Danke, wurde heute im Rat von den übrigen Fraktionen leider nicht mitgetragen. Der Antrag wurde daher von uns dahingehend abgeändert, gemeinsame Gespräche zu führen, wie künftig das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden kann. Schade, wir hatten uns hier deutlich mehr erhofft . Eine Chance vertan für ein deutliches Signal der Wertschätzung des Ehrenamtes!

Ein besonderer Dank gebührt denjenigen, die sich in vorbildlicher und wegweisender Weise insbesondere für diejenigen am Rande der Gesellschaft einsetzen, die sozial schwachen und den immer größer werdenden Zustrom an Asylbewerbern.

Hier möchte ich insbesondere die Pfarrcaritas mit ihren Einrichtungen und Frau Herich -als neue Sozialarbeiterin- und alle diejenigen nennen die bereits seit langem z.B. mit Sprachunterricht ihre kostbare Zeit zur Verfügung stellen.

Dank Ihnen waren die ersten Veranstaltungen zur Einrichtung von „Integrationslotsen“ ein so großer Erfolg. Das läßt für die Zukunft hoffen , dass Willkommenskultur nicht ein leeres Wort bleibt, sondern aktiv mit Leben erfüllt wird.
Danke allen Beteiligten und insbesondere denen , die sich spontan dazu bereit erklärt haben zu unterstützen.
Denn mit dem Bau von Asylunterkünften alleine ist es nicht getan, gerade in der Anfangsphase ist eine intensive Betreuung der Asylbegehrenden erforderlich, die von der Gemeinde allein nicht zu leisten ist. Natürlich muss ein Sozialarbeiter die Asylbegehrenden begleiten, ihnen Hilfestellung geben und Lenkungsfunktion übernehmen. Und bereits vorhandene Netzwerke und die zahlreichen Mitbürger die sich ehrenamtlich einbringen wollen koordinieren.
Zu begrüßen ist hier der breite Konsens aller Fraktionen , aller ehrenamtlichen Einrichtungen, des Bürgermeisters und der Verwaltung.
Wir haben bereits zu den Haushaltsberatungen 2014entprechende Anträge gestellt – die übrigens einstimmig in den Ausschüssen und im Rat verabschiedet wurden-.
Danke an alle , die dieses unterstützt haben !
Eins ist für die CDU-Fraktion besonders wichtig:
Das Thema Asyl ist zu sensibel, als dass man es für parteipolitische Ziele gebrauchen darf. Deshalb haben wir -und dankenswerterweise auch die anderen Fraktionen- dieses Thema aus dem Kommunalwahlkampf 2014 heraus gehalten-.
Aber auch ausserhalb von Wahlkampfzeiten ist aus unserer Sicht parteipolitisch Zurückhaltung geboten.
Es ist bedauerlich, dass hier in den letzten Monaten Einzelpersonen aus dem bisherigen gemeinsamen Konsens ausscheren um politisch für ihre Partei Kapital daraus zu schlagen!
Wichtig ist, die Weichen für eine gute Willkommenskultur zu stellen, für schnelle und nachhaltige Integration und für Arbeitsplätze. Und: die ehrenamtliche Arbeit im Hintergrund zu unterstützen, denn die wird gebraucht ! Und das über alle Parteigrenzen hinweg!

Als wir uns Anfang 2014 auf den Weg gemacht haben für den Neubau einer Asylbewerberunterkunft habe ich inständig gehofft und gebetet, dass bei uns in Ostbevern nicht die gleichen Diskussionen auftreten wie in vielen anderen Städten und Kommunen nach dem Motto : Ja, überall, nur nicht vor meiner Tür !

Wieder mal zeigt sich, Ostbevern ist anders.

Nach ausführlichen Gesprächen gab es im Oktober 2014 ein von allen Fraktionen gemeinsam mit dem Bürgermeister erarbeitetes Positionspapier zur Asylpoliitik in Ostbevern , in dem alle wichtigen Rahmenbedingungen einvernehmlich festgelegt wurden. Ein einmaliger Vorgang, den es so in Ostbevern noch nicht gegeben hat und der die Geschlossenheit aller Beteiligten in dieser Frage mehr als deutlich auch nach aussen dokumentiert. Danke!

Ein Ergebnis ist, dass wir hoffentlich noch heute abend über den Vertrag zum Erwerb einer Unterkunft entscheiden, mit deren Bau auf der Osterfeuerwiese an der Wischhausstraße noch in diesem Frühjahr begonnen werden soll. Denn wir brauchen die neuen Unterkünfte dringend. Die Unterbringungssituation wird immer schwieriger ob des großen Zustroms neuer Asylbewerber, der uns noch vor große Herausforderungen stellen wird. Danke an den Bürgermeister und die Verwaltung für die schnelle und professionelle Vorbereitung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen von der ersten Planung bis heute.

Ein weiterer Baustein des gemeinsamen Positionspapiers ist die dezentrale Unterbringung und Bereitstellung von Unterkünften über den Ort verteilt. Hier ist mit der Verabschiedung der Kriterien für die Vergabe von Grundstücken im Baugebiet Grevener Damm Süd bereits der nächste Schritt getan. Auf unseren Vorschlag hin werden 4 Grundstücke für die Bebauung mit Mehrfamilienhäusern meistbietend veräußert mit der Auflage einer Mietpreisbindung von 6 €/m² und einem Vorbelegungsrecht der Gemeinde über einen Zeitraum von 20 Jahren. Damit verfügen wir nach deren Errichtung über bis zu 24 weitere Wohnungen mit niedrigen Mieten für sozial schwache und Asylbewerberfamilien.

Weitere wichtige Entscheidungen betreffen die Investitionen :
Wir wollen Investitionen, da diese von entscheideneder Bedeutung für die Zukunft Ostbeverns sind. Sie müssen nachhaltig sein,denn dann helfen sie uns auch bei der Sanierung unseres Haushalts durch höhere Einnahmen.

Wir haben heute die neuen Vergaberichtlinien für die Vergabe von Grundstücken verabschiedet, einen Punkt daraus habe ich bereits angesprochen.

Der Grundstückspreis wurde auf unseren Antrag hin auf 180,-€ /m² erhöht, gleichzeitig aber ein Nachlass für Familien mit Kindern eingeführt. Ein Zeichen für die Familienfreundlichkeit Ostbeverns.

Die Mehreinnahmen sollen nach unserem Antrag für nachhaltige Investitionen verwendet werden, ein weiteres Beispiel vorausschauender Haushaltsplanung.

Mehr als 100 Grundstücke im Baugebiet Grevener Damm, die noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen, das zukünftige Gewerbegebiet West und der Lückenschluss im Baugebiet Wischhausstrasse die wir demnächst auf den Weg bringen, Investitionen in die Zukunft!

Die Westumgehung ist fertig gestellt und ihrer Bestimmung übergeben, der Ausbau des Feuerwehrgerätehauses im Ort geht demnächst seinem Ende zu – die Verwaltungs- und Schulungsräume im ehemaligen Bysi-Gebäude wurden bereits bezogen. Für den Breitbandausbau laufen die Bewerbungsverfahren – hoffentlich mit positivem Ausgang. Erste Planungen für einen barrierefreien Bahnhof laufen. Investitionen in die Zukunft!

Bei den langwierigen Planungen zur Umgestaltung und Stärkung des Ortskernes im Rahmen der Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes sind wir endlich einen Schritt weiter , den Konzeptbeschluss haben wir im Dezember gefaßt. Schade nur , dass viel Geld für die zahlreichen Gutachten während des viel zu langen Planungsprozesses ausgegeben wurde. Die Mittel hätten wir besser in den Ausbau als in die wenig zielführenden Planungen der letzten Jahre gesteckt.
Für Planungen im Rathausbereich haben wir zwar die Mittel um 40T€ auf 60T€ gekürzt. Wir stehen aber voll und ganz hinter den ersten Ideen des Bürgermeisters für diesen Bereich. Geht es schließlich nicht mehr – wie in der Vergangenheit – um

einen reinen Rathausneubau, sondern um wesentlich mehr : Unterbringung der gesamten Verwaltung in einem Gebäude, Lösung der Parkplatzprobleme und Stärkung des Innerorts durch großflächige neue Einzelhandelsgeschäfte. Wir sind gespannt auf die ersten Konzeptideen.

Endlich haben wir wieder einen Bürgermeister bei dem ein frischer Wind weht, der nicht verwaltet sondern die Ärmel aufkrempelt, Kontakte knüpft, zügig Ideen entwickelt und damit Ostbevern voranbringt, wie man eindrucksvoll bei der Leader-Bewerbung sehen konnte, bei der 8 Kommunen im Kreis Warendorf und der Kreis mitmachen und wo von von Ihnen , Herr Annen, die Initiative ausging. Danke und weiter so!
Dem einen oder anderen mag vieles ein wenig schnell gehen, dem kann ich nur entgegnen : Der frühe Vogel fängt den Wurm!
Wir sind gerne bereit zusätzlich Zeit zu opfern um Ostbevern voran zu bringen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Das ist allemal besser als gar nichts zukunftsweisendes zur Entscheidung vorgelegt zu bekommen!

„Beweg was“, ….so könnte das Motto unseres neuen Bürgermeisters lauten, ist an dieser Stelle aber nicht gemeint sondern das von allen Fraktionen gemeinsam mit dem Kinder-und Jugendwerk, der JAS und der Loburg durchgeführte Partizipationsprojekt, um Jugendlichen einen Einblick in die Arbeit der Kommunalpolitik zu geben. Ich kann hier nur Danke sagen, allen Jugendlichen die mit gemacht haben, es hat großen Spaß gemacht mit euch zusammen zu arbeiten, Projekte mit euch zusammen auszuarbeiten und live in Sitzungen vorzustellen. Arbeit auf Augenhöhe, Kompliment. Danke aber auch an Rainer Uthmann und die beiden Schulen für die Vorbereitung und Unterstützung. Ein Projekt, dass nach Wiederholung ruft.

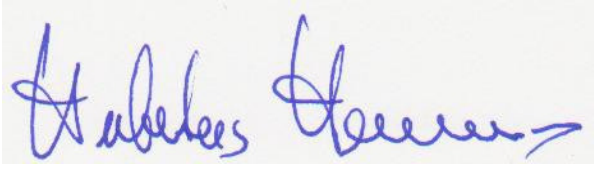
Zum Abschluss meiner Ausführungen :
Herr Bürgermeister, wir bitten Sie, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der CDU-Fraktion für die geleistete gute Arbeit zu übermitteln. Damit verbinden wir natürlich auch die Hoffnung, gemeinsam weiterhin Beschlüsse für Ostbevern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu fassen. Dies ist nur durch ein vertrauensvolles Miteinander von Verwaltung und Politik erreichbar.

Trotz durchaus gegensätzlicher Meinung in der Sache sind über Fraktionsgrenzen hinaus persönliche Angriffe unterblieben und wir haben uns ausschließlich an Sachfragen orientiert. Dafür möchte ich mich bei Ihnen – sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates – bedanken.
Die CDU-Fraktion praktiziert seit langem eine disziplinierte Haushaltspolitik. Große Sorgen bereitet uns die immer deutlicher werdende Liquiditätsschwäche, mit der Notwendigkeit zur Aufnahme von Kassenkrediten. Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eng kalkuliert und negative Abweichungen von Planungsansätzen – sowohl auf der Einnahmen, als auch auf der Ausgabenseite – dürfen nicht auftreten, ansonsten kann uns kurzfristig die Haushaltssicherung drohen. Die Folgen brauche ich hier nicht näher auszuführen, Sie kennen sie alle.
Wir haben bei den Haushaltsberatungen der Verwaltung bis zum Herbst einige Aufgaben zu grundsätzlichen Überlegungen mit auf den Weg gegeben z.B. zur Zukunft der BBO und der Eigenkapitalverzinsung und Bewertungskriterien im Abwasserwerk TEO.
Ausserdem haben wir noch mehrere Ideen aus unserem Fachteam Finanzen, um die Zahlen zukünftig so aufzubereiten, dass sie für uns greifbarer werden z.B. über Projektbildung bei Investitionen, in denen alle Ausgaben eines Projektes zusammen fließen ;und mögliche Kennzahlenvergleiche mit anderen Kommunen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginen und Kollegen des Rates, wir werden Ihnen hierzu in den nächsten Monaten Vorschläge unterbreiten und bieten der Verwaltung unsere Unterstützung an.
Ziel muss es sein bis spätestens zum Ende dieser Wahlperiode einen ausgeglichenen Haushalt auf soliden Fundamenten zu erreichen.
- Und das ohne Haushaltssicherung ! -

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2015 zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Hubertus Hermanns